

SGB 155/2003 (FD)

Programm zum Ausbau der Informatik-Infrastruktur in der kantonalen Verwaltung und in den Gerichten im Jahre 2004;

Bewilligung eines Voranschlagkredites

Botschaft und Entwurf des Regierungsrates an den Kantonsrat von Solothurn vom 16. September 2003, RRB Nr. 2003/1728

Zuständiges Departement

Finanzdepartement

Vorberatende Kommission(en)

Finanzkommission

Inhaltsverzeichnis

Kurzfas	ssung	3
1.	Einleitung	5
2.	Informatik-Projekte als Investitionen	5
2.1	Bau- und Justizdepartement	5
2.2	Departement des Innern	5
2.3	Departement für Bildung und Kultur	6
2.4	Finanzdepartement	6
2.5	Staatskanzlei	8
2.6	Volkswirtschaftsdepartement	8
3.	Zusammenfassung	8
4.	Rechtliches	9
5.	Antrag	9
6.	Beschlussesentwurf	10

Kurzfassung

Wir unterbreiten Ihnen hiermit das Progamm zum Ausbau der Informatik-Infrastruktur in der kantonalen Verwaltung und in den Gerichten im Jahre 2004 im Umfang von **8.25 Mio Franken**.

Im Office-Bereich haben alle Arbeitsplätze den Zugang zur einheitlichen Office-Infrastruktur. Rund 90% der Anwender arbeiten bereits auf der zentralen Terminalserverfarm. Wir unterhalten grundsätz-lich nur noch diese Farm, dh. Programmupdates werden nur noch auf der zentralen Terminalserverfarm durchgeführt. Bei all jenen Benutzern, bei denen die Programme noch lokal auf einem PC installiert sind, wird nach und nach der Zugriff auf die zentrale Terminalserverfarm eingerichtet. Diese Konsolidierungs- und Optimierungsphase beinhaltet auch eine weitere Minimierung der Anzahl Serversysteme und eine Leistungssteigerung bestehender Systeme. Um diese Aktivitäten zu realisieren sind 0.612 Mio Franken vorgesehen.

Die Informatik nimmt in der Verwaltung einen sehr wichtigen Stellenwert ein. Um dieser Tatsache weiterhin genügen zu können, sind zur Erhöhung der Sicherheit der Rechenzentren und der Daten **0.679 Mio Franken** Investitionen vorgesehen.

Durch die stetig steigenden Kommunikationsbedürfnisse müssen Infrastrukturausbauten getätigt werden. Für diesen Ausbau sind gesamthaft **0.456 Mio Franken** vorgesehen.

Als grössere Einzelprojekte mit einem Gesamt-Volumen von 5.348 Mio Franken sind namentlich das Projekt Delphin (Projektabschluss SAP-Rechnungswesen Fr. 375'000.-), der Ersatz des Formularmechanismus der Steuerlösung (Projektabschluss Fr. 443'000.-), die einheitliche Schulverwaltungslösung für alle kantonalen Schulen (Projektabschluss Fr. 284'000.-) und für das Bildungszentrum für Gesundheitsberufe (Projektabschluss Fr. 206'000.-), Internet/Intranet-Ausbau (Fr. 249'000.-), Weiterausbau der Verwaltungslösung über alle Departemente (Fr. 603'000.-), Weiterausbau der zentralen Präsenzzeit- und Auftragszeiterfassungslösung (Fr. 154'000.-), eine neue Rapportierung für die Polizei (Fr. 150'000.-), Anpassungen und Ergänzungen im Steuersystem INES (Fr. 521'000.-), Einführung der Projektabwicklung und Liegenschaftenverwaltung im Hochbauamt mit SAP-Modulen (Projektabschluss Fr. 80'000.-), Einführung einer Computer gestützten Raumverwaltung (CAFM) und Computer gestütztes technisches Zeichen (CAD) im Hochbauamt (Fr. 113'000.-), Abschluss der Einführung der Projektabwicklung und Investitionsplanung im Amt für Verkehr und Tiefbau mit SAP-Modulen (Projektabschluss Fr. 80'000.-), Erweiterung der zentralen Daten- und Dokumentenarchivierung (Fr. 82'000.-), Erweiterung des zentralen, Web-basierten Auswertetools (Fr. 220'000.-), Einführung einer neuen Software für die Wahlen und Abstimmungen (Fr. 380'000.-), Erweiterungen im GIS-Bereich (Fr. 150'000.-), Ablösung der Baugesuchsverwaltung (Fr. 306'000.-), Einführung eines neuen Personalinformations-Systems (Fr. 530'000.-), Einführung des Qualitätsmanagementsystems im Amt für Landwirtschaft (Projektabschluss Fr. 77'000.-), Ausbau des Landwirtschaftsinformationssystems GELAN (Gemeinschaftsprojekt mit den Kantonen Bern und Freiburg) Fr. 50'000.-, Ersatz der Telefonanlage im Berufsinformationszentrum Olten (Fr. 113'000.-), Einführung einer neuen Zivilschutzlösung (Fr. 82'000.-) und die Vorbereitung eines integrierten Finanz- und Aufgabenplans (Fr. 100'000.-) aufzuführen.

Die verbleibenden **1.155 Mio Franken** sind einerseits für den Abschluss bereits teilweise realisierter Klein-Projekte und andererseits für die Realisation neuer Kleinprojekte vorgesehen (Bau- und Justizdepartement Fr. 290'000.-, Departement des Innern Fr. 166'000.-, Departement für Bildung und Kultur Fr. 131'000.-, Finanzdepartement Fr. 365'000.-, Staatskanzlei Fr. 30'000.-, Volkswirtschaftsdepartement Fr. 173'000.-).

Die hier beantragten Informatikmittel sind notwendig für die Aufrechterhaltung der staatlichen Aufgabenerfüllung, für eine Effizienzsteigerung in den Abläufen der ganzen kantonalen Verwaltung und für die Erreichung der langfristig gesetzten Informatik–Ziele.

Sehr geehrte Frau Präsidentin Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen nachfolgend Botschaft und Entwurf für die Investition in die Informatik-Infrastruktur in der kantonalen Verwaltung und in den Gerichten im Jahr 2004.

1. Einleitung

Eine funktionierende Informatik-Infrastruktur bildet heute die Basis fast aller Dienstleistungen in der kantonalen Verwaltung und in den Gerichten. Immer schneller müssen die Geschäftsfälle erledigt werden, immer grösser wird das Kommunikationsbedürfnis und die Kommunikationsnotwendigkeit nach innen und nach aussen. Um diesen Notwendigkeiten Rechnung tragen zu können, müssen die Informatik-Infrastrukturen regelmässig massvoll ausgebaut und erneuert werden.

Im Jahre 2004 konzentrieren wir uns auf die Weiterführung der längerfristig gesetzten Informatik-Ziele:

- Realisierung und Abschluss wichtiger Grossprojekte;
- Erhöhung der Sicherheit der Rechenzentren und der Daten;
- Konsolidierung im Bereich der Office-Infrastruktur, Zentralisierung der Server in den beiden Rechenzentren auf dem Platze Solothurn;
- Ersatz von Individuallösungen durch Standard-Anwendungen, Minimieren der Vielzahl der eingesetzten Software-Produkte.

2. Informatik-Projekte als Investitionen

2.1 Bau- und Justizdepartement

Im Bau- und Justizdepartement sind Investitionen von Fr. 1'019'000.- geplant. Der grösste Anteil entfällt auf die Ablösung der Baugesuchsverwaltung (Fr. 306'000.-). Für den Abschluss der Projektabwicklung und der Liegenschaftenverwaltung im Hochbauamt mit SAP-Modulen sind Fr. 80'000.- reserviert. Die Einführung einer Computer gestützten Raumverwaltung (CAFM) und Computer gestütztes technisches Zeichen (CAD) für das Hochbauamt ist mit Fr. 113'000.- veranschlagt. Der Abschluss der Einführung der Projektabwicklung und der Investitonsplanung im Amt für Verkehr und Tiefbau mit SAP-Modulen wird noch Fr. 80'000.- beanspruchen. Im Bereich des geografischen Informationssystems (GIS) wird die bestehende Lösung mit Fr. 150'000.- ausgebaut. Die verbleibenden Fr. 290'000.- sind für Unvorhergesehenes (Fr. 86'000.-) und für die Realisierung von 6 Kleinprojekten reserviert, davon 4 Kleinprojekte im Amt für Umwelt (Fr. 110'000.-).

2.2 Departement des Innern

Im Departement des Innern sind Investitionen von Fr. 673'000.- geplant. Der grösste Teil entfällt auf die neue Rapportierung der Polizei mit Fr. 150'000.- und auf den Abschluss der Einführung einer

neuen Schulverwaltungslösung (gleiche Lösung wie bei den Kantons- und Berufsschulen) für das Bildungszentrum für Gesundheitsberufe mit Fr. 206'000.-. In der Lebensmittelkontrolle wird das bis anhin eingesetzte Lebensmittel-Informationssystem durch die in der Verwaltung breit eingesetzte strategische Geschäftskontrolle abgelöst (Fr. 151'000.-). Die verbleibenden Fr. 166'000.- sind für Unvorhergesehenes (Fr. 86'000.-) und für die Realisierung von 3 Kleinprojekten vorgesehen.

2.3 Departement für Bildung und Kultur

Im Departement für Bildung und Kultur sind Investitionen von **Fr. 529'000.**– geplant. Der grösste Teil entfällt auf den Abschluss der Einführung der neuen Schulverwaltungslösung für alle kantonalen Schulen mit Fr. 284'000.–. In einer ersten Phase konnten die Kantonsschulen Olten und Solothurn im August 2002 in Produktion gehen. In der zweiten Phase gehen die Berufsschulen im November 2003 produktiv.

Für die Einführung einer neuen Schulverwaltungslösung für die kantonalen Schulen bewilligte der Kantonsrat am 11. Dezember 2001 einen Verpflichtungskredit von 1,6 Mio Franken.

	Verpflichtungskredit 2001	Fr	1'600'000
zu Lasten	Rechnung 2001	Fr	4'989
zu Lasten	Rechnung 2002	Fr	511'065
zu Lasten	Planung 2003	Fr	800'000
zu Lasten	Voranschlag 2004 (letzte Tranche)	Fr	284'000

Für den Ersatz der alten Telefonalage im Berufsinformationszentrum Olten sind Fr. 113'000.- reserviert. Die verbleibenden Fr. 132'000.- sind für Unvorhergesehenes (Fr. 86'000.-) und für die Realisierung von einem Kleinprojekt vorgesehen.

2.4 Finanzdepartement

Im Finanzdepartement sind Investitionen von Fr. 5'237'000.- geplant. Der gösste Teil mit Fr. 530'000.- ist für den Ersatz des bestehenden Personalinformationssystems mit dem Gehalt vorgesehen. Für den Abschluss der Einführung des neuen Rechnungswesens basierend auf SAP (Projekt Delphin) sind Fr. 375'000.- reserviert. Im Steuerbereich sind für die Realisierung des neuen Formularmechanismus für die Veranlager auf Grund des im Jahre 2001 bewilligten Verpflichtungskredites Fr. 443'000.- vorgesehen und für diverse Steuerprogramm-Anpassungen und -Ergänzungen sind zusätzlich Fr. 521'000.- budgetiert. Die weitere Ausdehnung der Verwaltungslösung in den Stabsbereichen der Departemente, verschiedener Ämter und der Staatskanzlei betragen Fr. 452'000.-. Für den Ausbau des Internet/Intranet-Angebots sind Fr. 249'000.-, für die Erweiterung des zentralen, Web-basierten Auswertetools sind Fr. 220'000.- und für den Weiterausbau der zentralen Präsenzzeit- und Auftragszeiterfassungslösung sind Fr. 154'000.- eingeplant. Die Zentralisierung der Serversysteme und deren Kapazitätserhöhung werden Fr. 612'000.- beanspruchen. Für die Erhöhung der Sicherheit der Rechenzentren und der Daten sind Fr. 679'000.- und für die Kommunikations-Infrastrukturerweiterung sind Fr. 456'000.- vorgesehen. Die Vorbereitung eines integrierten Finanzund Aufgabenplans wird Fr. 100'000.- benötigen. Mit Fr. 82'000.- soll die zentrale Daten- und Dokumentenarchivierung weiter ausgebaut werden. Die verbleibenden Fr. 364'000.- werden für Unvorhergesehenes (Fr. 86'000.-) und für die Realisierung von 5 Kleinprojekten investiert.

Für die Realisierung des neuen Formularmechanismus für die Veranlager bewilligte der Kantonsrat am 20. Februar 2001 einen Verpflichtungskredit von 1,8 Mio Franken.

	Verpflichtungskredit 2001	Fr	1'800'000
zu Lasten	Rechnung 2001	Fr	447'777
zu Lasten	Rechnung 2002	Fr	258'748
zu Lasten	Voranschlag 2003	Fr	652'000
zu Lasten	Voranschlag 2004 (letzte Tranche)	Fr	443'000

Für die Einführung des neuen Rechnungswesens basierend auf SAP (Projekt Delphin) bewilligte der Kantonsrat am 20. Februar 2001 einen Verpflichtungskredit von 5,3 Mio Franken.

	Verpflichtungskredit 2001	Fr	5'300'000
zu Lasten	Rechnung 2001	Fr	2'022'422
zu Lasten	Rechnung 2002	Fr	1'602'403
zu Lasten	Voranschlag 2003	Fr	1'300'000
zu Lasten	Voranschlag 2004 (letzte Tranche)	Fr	375'000

2.5 Staatskanzlei

In der Staatskanzlei sind Investitionen von **Fr. 410'000.**– geplant. Für die Einführung einer neuen Software für die Wahlen und Abstimmungen sind Fr. 380'000.– vorgesehen. Der restliche Betrag von Fr. 30'000.– ist für Unvorhergesehenes reserviert.

2.6 Volkswirtschaftsdepartement

Im Volkswirtschaftsdepartement sind Investitionen von Fr. 382'000.- geplant. Zur Erweiterung des Landwirtschaftsinformationssystems GELAN, das zusammen mit den Kantonen Bern und Freiburg realisiert wurde, sind Fr. 50'000.- budgetiert. Zusätzlich wird im Amt für Landwirtschaft ein Qualitätsmanagementsystem eingeführt. Dafür sind Fr. 77'000.- reserviert. Die Einführungskosten einer neuen Zivilschutzlösung auf Grund der neuen gesetzlichen Bestimmungen betragen Fr. 82'000.-. Die verbleibenden Fr. 173'000.- sind für Unvorhergesehenes (Fr. 86'000.-) und für die Realisierung von 3 Kleinprojekten reserviert.

3. Zusammenfassung

Im Jahre 2004 geht es primär darum, die wichtigen Grossprojekte abzuschliessen, die Betriebs-abläufe weiter zu optimieren und den langfristig gesetzten Informatik-Zielen einen wesentlichen Schritt näher zu kommen. Es ist deshalb unbedingt notwendig, dass die beantragten Mittel in dem hier beantragten Umfang zur Verfügung gestellt werden. Nur so wird es möglich sein, dass die Dienststellen die zunehmende Forderung nach Effizienzsteigerung erfüllen und dass die langfristig gesetzten Informatik-Ziele erreicht werden können.

4. Rechtliches

Die Bewilligung des Voranschlagskredites in der Höhe von 8.25 Mio Franken unterliegen nicht dem Referendum. Gestützt auf § 13 Absatz 1 des Gesetzes über das Staatspersonal vom 27. September 1992 ¹) ist der Kantonsrat abschliessend zuständig, den notwendigen Kredit für Informatik-Investitionen zu bewilligen. Der Beschluss unterliegt auch nicht § 2 des Gesetzes über die Kürzung von Staatsbeiträgen und die Erschwerung von Ausgabenbeschlüssen vom 4. Dezember 1994 ²), da die zu bewilligenden Kredite als gebundene Ausgaben zu gelten haben.

5. Antrag

Wir bitten Sie, auf die Vorlage einzutreten und dem nachfolgenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Im Namen des Regierungsrates

Christian Wanner Landammann

Dr. Konrad Schwaller Staatsschreiber

^{1)} BGS 126.1 2) BGS 121.24

6. Beschlussesentwurf

Programm zum Ausbau der Informatik-Infrastruktur in der kantonalen Verwaltung und in den Gerichten im Jahre 2004

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Buchstabe b der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986 1) und § 13 Abs. 1 des Gesetzes über das Staatspersonal vom 27. September 1992 ²), nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 16. September 2003 (RRB Nr. 2003/1728), beschliesst:

- 1. Zu Lasten des Voranschlages für das Jahr 2004 wird zum Ausbau der Informatik-Infrastruktur in der kantonalen Verwaltung und in den Gerichten ein Voranschlagskredit von Fr. 8'250'000.- bewilligt.
- 2. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Im Namen des Kantonsrates

Präsidentin Ratssekretär

Dieser Beschluss unterliegt nicht dem Referendum.

Verteiler KRB

Amt für Informatik und Organisation (3) Departemente Amt für Finanzen Kantonale Finanzkontrolle Amt für Justiz Informatikgruppe Verwaltung (7, Spedition durch AIO) Parlamentsdienste

^{1)} BGS 111.1